



LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie



Frauen
MACHT
faire Chancen



Unterstützung politischer Teilhabe von
Frauen in Brandenburg

Vorwort	5
Auf zu Parität im Land Brandenburg	7
Was ist Parität?	8
Haben Frauen denn nicht dieselben Chancen?	8
Sitze in den Kommunalvertretungen	10
Rahmenbedingungen in Brandenburg	10
Gute Beispiele im Land Brandenburg	11
Empowerment, Kulturwandel und Wahlrechtsänderungen	12
Frauenstammtisch „Comm“ in Cottbus	14
Der Falkenseer Frauenstammtisch	16
Potsdamer Frauentalk	18
Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO)	20
Grünes Frauenmentoring – MUT ZUM EIGENEN Politischen Handeln	22
DIE LINKE in Brandenburg:	24
Geschlechtergerechtigkeit gibt es nicht auf dem silbernen Tablett	24
Frauen Stimmen Gewinnen	26
Effektive Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit als Motor für politische Bildung und Partizipation	27
Messe zur politischen Partizipation von Frauen und Mädchen im Landkreis Dahme-Spreewald	28
„Stimmgewaltig. Mitbestimmend. Mittendrin“ – Landfrauen fördern Partizipation	30
27. Brandenburgische Frauenwoche: Frauen MACHT faire Chancen	32

**„Politik ist eine viel zu ernste Sache,
als dass man sie allein den Männern überlassen könnte.“**

Käte Strobel (eine der wenigen weiblichen Abgeordneten im Nachkriegsdeutschland)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der kleine Sohn einer Bekannten ist gefragt worden, ob er später einmal Bundeskanzler werden wolle. Darauf entgegnete er „Nein! Ich bin doch kein Mädchen!“

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat dem Staat eine wichtige Aufgabe gegeben: die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Als tragende Säule unserer modernen Gesellschaft gilt der Gleichberechtigungsgrundsatz in allen Bereichen des Lebens, so auch in der Politik.

Dennoch stellt gerade die Politik einen Bereich dar, in dem wir von einer gleichberechtigten Mitbestimmung beider Geschlechter weit entfernt sind. Auch in der heutigen Zeit wird Politik in erster Linie von Männern gemacht, im Bundestag, aber auch im brandenburgischen Landtag und den brandenburgischen Kommunalparlamenten. Dafür gibt es viele Gründe. Fehlendes Engagement und fehlendes Interesse der Frauen, an der politischen Macht teilhaben zu wollen, zählen nicht dazu.

Politikerinnen und Politiker bestimmen aber in wesentlichem Maße über unser Leben mit. Sie schaffen Rahmenbedingungen. Ist es da nicht angezeigt, männliche wie weibliche Sichtweisen einfließen zu lassen?

Die nach wie vor bestehende Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik ist ein deutlicher Aufruf zum Handeln. Wenn wir in unserer Gesellschaft die Belange Aller angemessen und adäquat sehen und berücksichtigen wollen, müssen wir unser politisches Handeln überdenken. Wir müssen uns fragen, ob diejenigen, die uns politisch repräsentieren, den Querschnitt der Gesellschaft wirklich abbilden. Eins steht fest: Demokratie braucht alle Geschlechter, um Vielfalt zu ermöglichen. Damit braucht Politik alle Sichtweisen, Erfahrungen und Erwartungen, nicht nur die der Männer.

Diese Broschüre widmet sich der politischen Teilhabe von Frauen und will Wege und Chancen aufzeigen, mehr Frauen für ein Engagement in der Politik zu ge-



winnen. Dazu stellt sie exemplarisch Beispiele aus dem Land Brandenburg vor und will so Anregungen geben. Denn Brandenburg muss sich nicht verstecken. Im Gegenteil: hier passiert schon sehr viel und das wollen wir sichtbar machen. Dabei sind die ausgewählten Beispiele nur ein kleiner Ausschnitt der landesweiten Aktivitäten. Ich freue mich und bin dankbar, dass es sie gibt und sie hier präsentiert werden können. Ein großer Dank geht auch an die Autorinnen der jeweiligen Artikel.

Wenn Sie weitere Beispiele vorstellen möchten, melden Sie sich bitte bei mir.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir sind eine moderne Gesellschaft. Daher sind wir es uns und den nachfolgenden Generationen schuldig, Rahmenbedingungen in der Politik zu schaffen, die ein möglichst vielfältiges und breit aufgestelltes Agieren ermöglichen. Nur so können wir auf die bestmögliche Art und Weise unser aller Leben gestalten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende und erkenntnisreiche Lektüre!

Ihre Monika von der Lippe

Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern



Auf zu
Parität
im Land Brandenburg

Auf zu Parität im Land Brandenburg

Was ist Parität?

Wenn es um die politische Beteiligung von Frauen geht, ist dieser Tage viel von Parität die Rede. Was versteht man darunter?

Das Wort „Parität“ leitet sich vom lateinischen Begriff „paritas“ ab und meint die Gleichheit der Dinge.

In der Politik wird damit das gleichmäßige Verhältnis von Stimmen in einem politischen Gremium bezeichnet. Im Kontext der Mitwirkung von Frauen in der Politik versteht sich „Parität“ als Gleichverteilung der Stimmen von Frauen und Männern. Parität meint damit nichts anderes, als dass Frauen und Männer zu gleichen Teilen an der politischen Entscheidungsfindung mitwirken. Dass Frauen zu gleichen Teilen an der politischen Macht teilhaben.

Dabei gilt „Parität“ in der Politik dann als erreicht, wenn die politischen Gremien, wie der Bundestag, der Landtag oder die Kommunalparlamente, je zur Hälfte mit Frauen und Männern besetzt sind. Dasselbe gilt für Spitzenpositionen in der Politik, beispielsweise in der Bundesregierung, Landesregierung oder den Kommunalverwaltungen.

Haben Frauen denn nicht dieselben Chancen?

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stellt klar, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Um diesen Grundsatz mit Leben zu erfüllen, hält das Grundgesetz einen unmissverständlichen Handlungsauftrag für den Staat bereit: er muss die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördern. Mit anderen Worten muss sich der Staat dafür einsetzen, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter Wirklichkeit wird. Müssen dafür bestehende Nachteile beseitigt werden, muss er das tun. Ohne Wenn und Aber.

Und wie sieht es in der Wirklichkeit aus?

Die Gleichstellung der Geschlechter ist erklärtes Ziel der Landesregierung Brandenburg. Und das über alle Politikfelder hinweg. Bislang können wir dabei auch auf

beachtliche Erfolge zurückblicken. Tragen doch das Landesgleichstellungsgesetz, das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm I (2009–2014) und das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm II (2015–2019) in ebenso erheblichem Maße zur Zielerreichung bei, wie die unzähligen Projekte, Veranstaltungen und Maßnahmen der frauen- und gleichstellungspolitischen Akteurinnen und Akteure in unserem Land. Auch das Leitbild der Landesregierung, mit dem sie sich uneingeschränkt zu einer offenen Gesellschaft gleicher Chancen bekennt, ist ein beachtenswerter Meilenstein der Brandenburger Gleichstellungspolitik.

In diesem Sinne ist auch anzuerkennen, dass die vom Land besetzten Aufsichtsratsmandate sind zu 58 Prozent mit Frauen besetzt sind. Laut DIW gehört die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) mit einem Frauenanteil von 50 Prozent im Verwaltungsrat sogar bundesweit zu den führenden Banken innerhalb der Finanzbranche.

Dennoch sind Frauen und Männer noch nicht in allen Lebensbereichen wirklich gleichgestellt. Das zeigt der Blick auf ein paar ausgewählte Zahlen:

- Die Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen liegt in Brandenburg zwar bei rund 73 Prozent. Das beruht jedoch zu einem nicht unerheblichen Teil auf Teilzeitbeschäftigung: sage und schreibe 76 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen.
- Brandenburgerinnen verdienen bei gleicher Arbeit im Schnitt 8 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Dass es im Bundesschnitt sogar 22 Prozent sind, ist ein schwacher Trost.
- Der Frauenanteil in der 2. Führungsebene in der Wirtschaft beziffert sich auf 43 Prozent. In der ersten Riege reduziert er sich aber schon auf unter 30 Prozent.

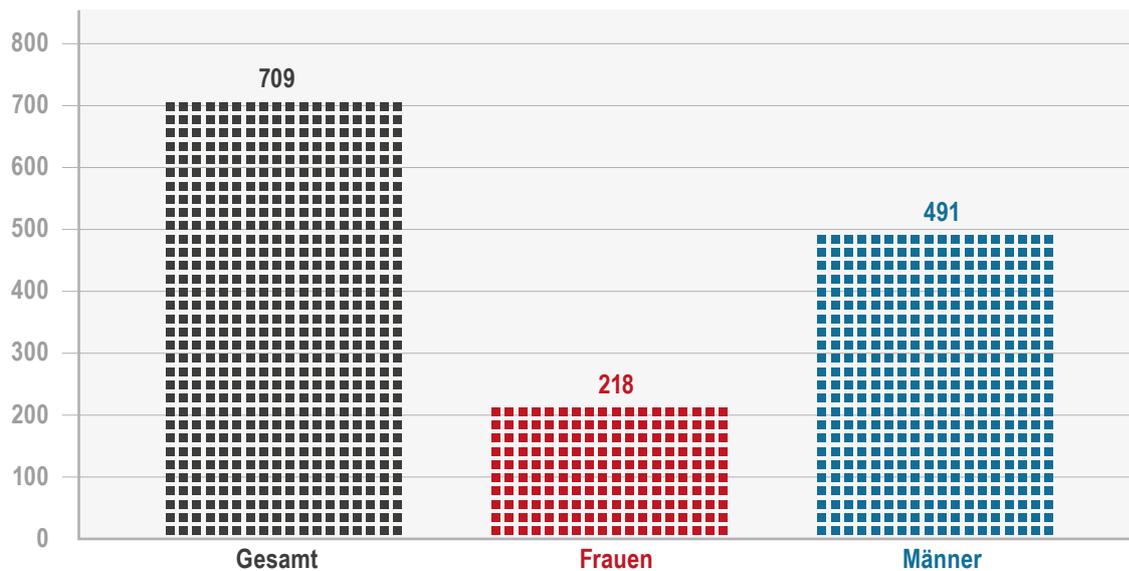
Auch im Politikbereich blicken wir auf eine teils deutliche Unterrepräsentanz von Frauen. Das bedeutet ganz konkret, dass Frauen seltener die Möglichkeit haben, mitzubestimmen.

So lag der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag vor der Wahl 2017 bei 36,8 Prozent. Mit der

jüngsten Bundestagswahl wird dieser Anteil in der kommenden Legislaturperiode sogar sinken. Lediglich 218 der vorläufig gewählten 709 Abgeordneten des

Bundestags sind Frauen. Das entspricht einem Anteil von 30,7 Prozent.

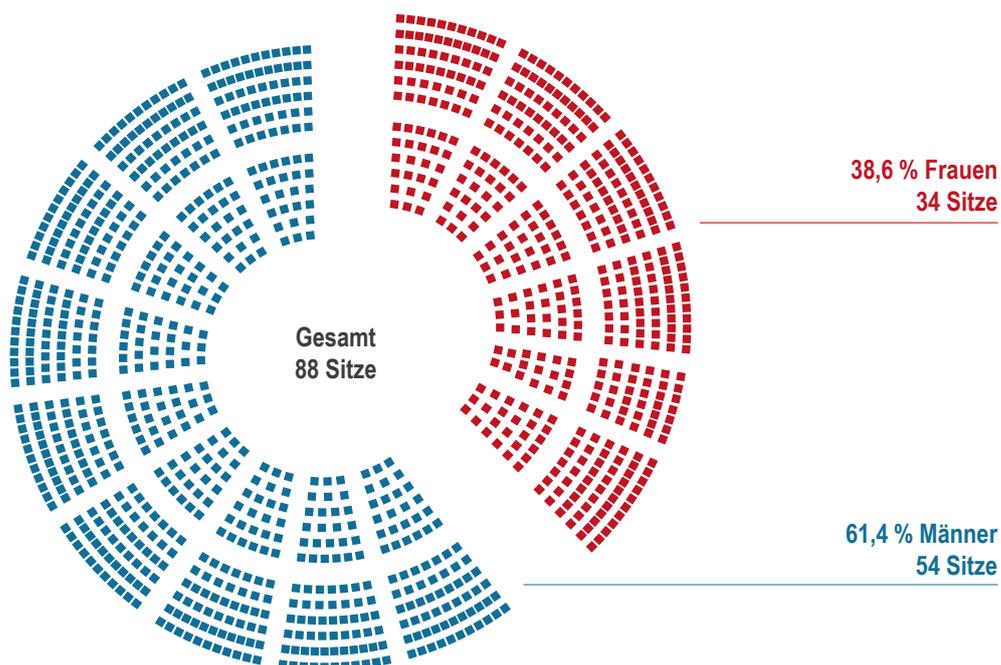
Abgeordnete im Bundestag



Auch im Brandenburgischen Landtag stellen Männer die Mehrheit der Abgeordneten. Lediglich 36,4 Prozent der Abgeordneten weiblich. Damit steht Brandenburg

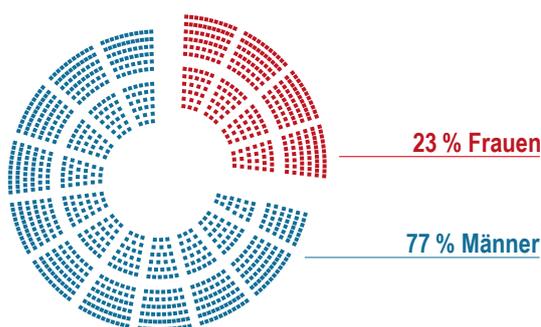
im Ländervergleich zwar vergleichsweise gut dar. Von einer Partizipation zu gleichen Teilen kann jedoch keine Rede sein.

Sitzverteilung im Landtag Brandenburg



Schauen wir eine Ebene darunter, stellt sich die Lage noch dramatischer dar: von den insgesamt 6074 Sitzen in den Gemeindevertretungen im Land Brandenburg sind 1414 durch Frauen (Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Stand Mai 2016) besetzt.

Sitze in den Kommunalvertretungen



Das macht einen durchschnittlichen Anteil von 23,3 Prozent, wobei die Spannweite unter den Kommunen und Parteien breit gefächert ist. In Potsdam zum Beispiel werden von insgesamt 56 Sitzen 22 durch Frauen besetzt. Das entspricht einer Frauenquote von 39,3 Prozent und ist damit deutlich überdurchschnittlich. Andernorts beträgt der Frauenanteil um die 10 Prozent.

Stellen wir den Frauenanteil in den Parlamenten den tatsächlichen Bevölkerungszahlen gegenüber, erhält die Unterrepräsentanz ein klares Gesicht: Im Jahr 2015 waren von den rund 2,5 Millionen in Brandenburg lebenden Menschen 50,6 Prozent Frauen.

Wenn also mehr als die Hälfte der Brandenburger Bevölkerung Frauen sind, warum spiegelt sich das in der politischen Teilhabe von Frauen nicht annähernd wieder? Über die Ursachen wird diskutiert, hier einige Erklärungsversuche:

- es können nicht genügend Frauen motiviert werden
- Frauen kämpfen mit alten Rollenbildern
- Männer kämpfen mit alten Rollenbildern
- Frauen haben aufgrund von Familienbetreuung weniger Zeit für politische Mandate
- Mädchen erhalten andere politische Sozialisation als Jungen

- die Zugangswege zu politischen Ämtern enthalten geschlechtsspezifische Barrieren.

Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir erreichen können, dass Frauen in gleichem Umfang in der Politik teilhaben und mitmischen, wie Männer.

Rahmenbedingungen in Brandenburg

Die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen hierfür sind denkbar gut.

Das Grundgesetz schreibt die Gleichberechtigung von Frauen und Männern fest und begründet damit einen bundesverfassungsrechtlich garantierten Anspruch. Dem folgt auch die Verfassung des Landes Brandenburg, wenn sie in Artikel 12, Absatz 3 konstatiert: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichen Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung durch wirksame Maßnahmen zu sorgen.“

Das geschieht im Land Brandenburg über die Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramme und das Leitbild der Landesregierung. Insbesondere im Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm II (2015–2019) ist die Förderung der politischen Teilhabe von Frauen unter dem Stichwort „Stärkung von Frauen in der Kommunal- und Landespolitik“ fest verankert und folgenden Maßnahmen unterlegt:

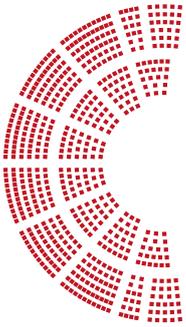
- Entwicklung von Maßnahmen zur Gewinnung von Frauen für politische Ämter/Mandate und Absenkung der Zugangsbarrieren bei politischen Interessenvertretungen
- Stärkung der Führungsverantwortung von Frauen
- stärkere Vernetzung von Kommunal- und Landespolitikerinnen.

Und so verwundert auch nicht, dass es an guten Beispielen zur Förderung politischer Teilhabe von Frauen im Land Brandenburg nicht mangelt. Ein kleiner Auszug soll hier dargestellt werden. Wir wollen weitere gute Beispiele sammeln und publik machen, beispielsweise über die Webseite der Landesgleichstellungsbeauftragten.



Gute
Beispiele
im Land Brandenburg

Gute Beispiele im Land Brandenburg



Empowerment, Kulturwandel und Wahlrechtsänderungen

Aktivitäten der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e. V. (EAF Berlin) für Parität in der Politik – Dr. Uta Kletzing (Director, EAF Berlin)

Die EAF Berlin forscht und berät seit mehr als 20 Jahren zur Frage, wie sich Frauenanteile in der Politik steigern lassen. Zahlreiche Empowerment-Maßnahmen, wie beispielsweise die Kampagne „Frauen MACHT Kommune“, sollen dazu beitragen, eine Antwort auf diese Frage geben zu können. Dabei kristallisierte sich heraus, dass es dreierlei braucht: Empowerment für die Frauen, einen Kulturwandel in den Partei- und Politikstrukturen und eine Änderung des Wahlrechts.

Es ist kein Entweder-Oder, es ist ein Sowohl-Als-Auch! So das Fazit nach 20 Jahren parteiübergreifender Forschung und Beratung zur Frage, wie sich die Frauenanteile in Politik und Parlamenten steigern lassen. Es bedarf vieler verschiedener Maßnahmen, damit Frauen und Männer in ihrer Vielfalt endlich paritätisch und damit entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in politischen Mandaten und Ämtern repräsentiert sind. Denn: Die unterschiedlichen Missstände, die in der Summe immer wieder dafür sorgen, dass Frauen in der Politik unterrepräsentiert sind, müssen auch mit unterschiedlichen Maßnahmen bekämpft werden. Das jedenfalls empfiehlt die EAF Berlin (www.eaf-berlin.de), eine gemeinnützige Beratungs- und Forschungsorganisation, die sich seit Anfang der 90er Jahre für mehr Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft einsetzt.

„Hildegard Hamm-Brücher for President“ war Anfang 1994 das Anliegen, das zahlreiche Frauen mobilisierte, darunter auch die späteren Gründerinnen der EAF Berlin, mit einer Kampagne die erste weibliche Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin zu unterstützen. Das ist lange her, und eine Bundespräsidentin gibt es immer noch nicht. Dafür aber die EAF, die gemeinsam mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern das Anliegen von Parität in der Politik auf vielfältige Weise verfolgt – bundesweit und auch im Land Brandenburg.

Brandenburgische Kommunen sowie Brandenburgische Politikerinnen und Nachwuchspolitikerinnen haben an den bundesweiten Empowerment-Maßnahmen mitgewirkt, die die EAF in Zusammenarbeit mit dem Bundesfrauenministerium seit 2008 durchführt

(www.frauen-macht-politik.de). Sie wenden sich insbesondere an ehrenamtliche und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen oder Frauen, die es noch werden wollen:

- u. a. die Studie „Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen (Kletzing/Lukoschat 2014),
- die Kampagne „Frauen Macht Kommune“,
- der Helene Weber Preis,
- die Mentoring-Börse und
- die weiteren Angebote des Helene Weber Kollegs.

Auch einige Projekte des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms, die die EAF in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASGF) und den jeweiligen Gleichstellungsbeauftragten in einigen Kommunen Brandenburgs durchführt bzw. durchgeführt hat, verfolgen das Ziel „Partizipation fördern“: u. a. die Aktionsreihe „Gleichstellung gestalten“ 2011/2012 und die für November 2017 geplante „Politikmesse für Frauen“ im Landkreis Dahme-Spreewald.

Die seit ca. 20 Jahren stagnierende Frauenrepräsentanz in Politik und Parlamenten bzw. die sogar rückläufigen Frauenanteile in den neu gewählten Landtagen in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Sachsen-Anhalt sowie auch im neu gewählten 19. Bundestag erhärten jedoch die Einsicht, dass Empowerment-Maßnahmen zwar notwendig sind, jedoch nicht hinreichend. Sie können durch gezielte Information, Bestärkung und Vernetzung von Frauen zwar den Pool an Frauen vergrößern, die für politische Mandate und Ämter zur Verfügung stehen. Sie können aber nicht

die Binnenstrukturen und -kulturen von Parteien bzw. Wählergemeinschaften beeinflussen, die über die Aufstiegschancen von Frauen bestimmen. Diese steuern maßgeblich, ob Frauen auf Wahllisten bzw. für Direktmandate innerparteilich nominiert werden. „Kulturwandel“ trifft daher eher in das Mark des wichtigen wie dringenden Handlungsbedarfs, der das bisherige Empowerment von Frauen in Zukunft ergänzen sollte. Kulturwandel, damit nicht nur Frauen, sondern auch andere unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen, endlich in die Politik einsteigen und in politische Mandate und Ämter aufsteigen. Diesem Kulturwandel in Politik und Parteien sollten sich zukünftige Maßnahmen für Parität in der Politik widmen – sowie den Änderungen des bestehenden Wahlrechts, um den Kulturwandel zu beschleunigen.

Welchen Kulturwandel es in Parteien bzw. Wählergemeinschaften und im politischen Raum insgesamt braucht und inwiefern wahlrechtliche Vorgaben, die die Parteien zu einer paritätischen Aufstellung von Wahllisten bzw. Direktmandaten verpflichten, diesen beschleunigen können, lässt sich vielfach nachlesen: ganz aktuell in der Expertise „MACHT ZU GLEICHEN TEILEN – Ein Wegweiser zu Parität in der Politik“ der EAF (Lukoschat/Belschner 2017) sowie in der wissenschaftlichen Studie zum Geschlechtervergleich von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern (Kletzing 2017) sowie in weiteren Forschungen und Expertisen der EAF (u. a. Kletzing 2016a,b; Lukoschat/Belschner 2014; Kletzing 2012). Auch wurden diese Fragen in einer Veranstaltungsreihe der EAF in Zusammenarbeit mit dem Bundesfrauenministerium öffentlich diskutiert: Seit 2014 gab es dazu zwei bundesweite Veranstaltungen (Fachtagung und Bundesforum) sowie drei regionale „Paritäts-Foren“, wovon eins im September 2016 in Potsdam stattfand (<http://www.masgf.brandenburg.de>, Rubrik Frauen und Gleichstellung/MASGF-Veröffentlichungen zum Thema Frauen und Gleichstellung).

Mehrere Erklärungen, u. a. die auch unter Beteiligung der EAF entstandene „Berliner Erklärung 2017“, fordern aktuell die neue Bundesregierung auf „in der kommenden Legislaturperiode für die Wahlen zum Bundestag ein verfassungskonformes Paritätsgesetz auf den Weg zu bringen“.

Nicht anders als in der Wirtschaft, in der 2015 gesetzliche Vorgaben für die Besetzung von Führungspositionen eingeführt wurden, muss auch für die Politik gelten: Die Zeiten, wo der notwendige Kulturwandel bzw. die politischen Aufstiegschancen für Frauen allein dem „guten Willen“ der Parteien überlassen werden, sind vorbei. Es ist Zeit für ein Paritätsgesetz! – wann, wenn nicht jetzt, zum 100-jährigen Jubiläum des Frauenwahlrechts?

Literaturhinweise

Uta Kletzing (2017): Die ausgeschlossenen Eingeschlossenen. Wahlsituation und Regierungssituation von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Geschlechtervergleich. Fernuniversität in Hagen 2017. Download: https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/receive/mir_mods_00000929 (Zugriff: 31.08.17).

Uta Kletzing (2016a): Agenda-Setting for a German parity law. Comments Paper im Rahmen der Tagung „Women in political decision-making“, Juni 2016, EU Mutual Learning Programme in Gender Equality. Download: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/exchange_of_good_practice_si/de_comments_paper_si_2016_en.pdf (Zugriff: 31.08.17).

Uta Kletzing (2016b): Wie gewinnt man Frauen für die Kommunalpolitik? – Es bleibt ein Bohren dicker Bretter. In: Zeitschrift für Alternative Kommunalpolitik, 5/2016, S. 34f.

Uta Kletzing (2012): Mehr Frauen in die Kommunalpolitik – (Wie) das geht! In: Wolfram Markus/Andreas Osner (Hg.): Handbuch Kommunalpolitik – Das Standardwerk für Fraktionsvorstände und Bürgermeister, 16. Ergänzungslieferung.

Uta Kletzing/Helga Lukoschat (2014): Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen. Kurzfassung, 3. Auflage, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin. Download: <https://www.bmfsfj.de/blob/93654/cc181cedaa0de9a08ae7faf4a71f0086/engagiert-vor-ort-kurzfassung-data.pdf> (Zugriff: 31.08.2017).

Helga Lukoschat/Jana Belschner (2017): Macht zu Gleichen Teilen – Ein Wegweiser zu Parität in der Politik, 2. Auflage, EAF Berlin. Download: http://frauen-macht-politik.de/fileadmin/eaf/Dokumente/Paritaet/Wegweiser_zu_Paritaet_in_der_Politik_web.pdf (Zugriff: 31.08.2017).

Helga Lukoschat/Jana Belschner (2014): Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Ost und West, EAF Berlin. Download: http://frauen-macht-politik.de/fileadmin/eaf/Dokumente/Schwerpunktthema/Studie_Frauen_fuehren_Kommunen.pdf (Zugriff: 31.08.2017).



Bild: Gleichstellungsbeauftragte Stadt Cottbus/Chósebus

Frauenstammtisch „Comm“ in Cottbus

Seit 2013 organisiert die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Cottbus monatliche Frauenstammtische. Unter dem Label „Comm – Cottbuserinnen mischen mit“ diskutieren kommunalpolitisch interessierte Frauen zu vielfältigen Themen. Neben der Erhöhung des Frauenanteils in der Politik stehen auch alltägliche kommunalpolitische Fragen auf der Agenda. Aus dem Frauenstammtisch heraus wurde zudem eine Fortbildungsreihe zur Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik angeboten.

Als Ergebnis der 23. Brandenburgischen Frauenwoche in Cottbus wurde am 30. Mai 2013 der frauenpolitische Stammtisch „Comm“ gegründet.

Comm steht für „Cottbuserinnen mischen mit“.

Seitdem gab es 23 Frauenstammtische.

Die Ziele des Frauenstammtisches sind:

- der Parteien übergreifende Austausch von Frauen und Mädchen zu wichtigen Themen in der Stadt,
- die (Weiter-) Entwicklung und Bündelung von Kompetenzen von Frauen und Mädchen (z. B. Lernen des freien Redens durch Halten von Vorträgen),
- der Informationsaustausch der Teilnehmerinnen zu wichtigen Themen, Projekten und Vorhaben,
- das Zusammenbringen von erfahrenen Kommunalpolitikerinnen mit kommunalpolitisch interessierten Cottbuserinnen, um ggf. Kandidatinnen für Kommunalwahlen zu gewinnen und letztendlich
- die Stärkung bzw. Entwicklung der Frauensolidarität untereinander.

Insgesamt dient er somit der Vernetzung und Unterstützung von Frauen aus den unterschiedlichsten Bereichen, die sich in kommunale Belange einbringen möchten.

Zum Netzwerk zählen mittlerweile 65 aktive Mitstreiterinnen. Zum Frauenstammtisch gehören einfache und niedrigschwellige Regeln für die Teilnahme. Beispielsweise nimmt nur teil, wer Zeit, Lust und Interesse hat. Wer auf Einladungen Interesse bekundet, erhält das Protokoll und Anlagen (wie Statistiken, Präsentationen usw.). Und Mitglieder, die sich trotz Einladungen ein Jahr lang nicht melden, scheiden automatisch aus. All das hat zu einem guten Zuspruch der Stammtische geführt. Im Durchschnitt nehmen regelmäßig 20 Frauen teil.

Die Treffen fanden anfangs in öffentlichen Gaststätten oder in verschiedenen sozialen Einrichtungen wie z. B. der Cottbuser Tafel, der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, dem Familienhaus des Jugendhilfe Cottbus e. V. und auch der Johanniter-Unfall-Hilfe statt, um die umfassenden Angebote dieser Einrichtungen kennenzulernen.

Die diskutierten Themen sind vielfältig. Beispiele sind:

- die Kunst, Einfluss in der Kommunalpolitik zu gewinnen,
- die Erhöhung des Frauenanteils in der Kommunal- und Bundespolitik,
- die Abwasserproblematik,
- die Kita-Öffnungszeiten und besonderen Randzeitenangebote vor allem für Alleinerziehende und berufstätige Eltern in der Dienstleistungsbranche,
- die Auswirkungen der neuen Medien auf die Meinungsbildung,
- die frauen- und seniorenspezifischen Angebote im Sport- und Freizeitbereich (z. B. Sport- und Freizeitbad „Lagune“, Seniorenbegegnungsstätten, Soziokulturelles Zentrum, Bibliotheken usw.),
- die Situation der Asylbewerberinnen und ihre Integration in die Cottbuser Gesellschaft aus frauenpolitischer Sicht sowie
- die Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform 2019 auf die Stadt Cottbus.

Im Frauenstammtisch wurde auch die Idee einer Fortbildungsreihe für Frauen geboren, um sie für die Kommunalpolitik zu interessieren, fortzubilden oder als Kandidatin für die Kommunalwahlen 2014 oder als beratende Bürgerinnen zu gewinnen. Die Seminarreihe wurde gemeinsam mit dem Frauenzentrum Cottbus e. V., der engagierten Bürgerin Herta Venter und der Gleichstellungsbeauftragten entwickelt. Von Oktober 2013 bis Juni 2014 wurden monatliche Wochenendveranstaltungen angeboten, die Grundlagen und Hintergrundwissen zur Kommunalpolitik vermittelten.

Termine

Die Frauenstammtische finden von März bis November meist am letzten Donnerstag des Monats um 18:00 Uhr in der „Lila Villa“ (Thiemstr. 55, 03050 Cottbus) statt. Sie werden von der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt organisiert und geleitet.

Kontakt

Interessensbekundungen und Fragen sind per Telefon und Email willkommen.

Telefon:

0355 6122018

Email:

Sabine.Hiekel@cottbus.de

Sabine Hiekel

Gleichstellungsbeauftragte Stadt Cottbus/
Chósebusz



Quelle: <http://ursulanonnmacher.de/startseite/kategorie/frauenstammtisch/>

Der Falkenseer Frauenstammtisch

Ursula Nonnmacher lädt seit 2010 zum Falkenseer Frauenstammtisch ein. In lockerer Atmosphäre stellen politisch aktive, sozial engagierte oder künstlerisch wie wirtschaftlich arbeitende Gastfrauen sich, ihre Arbeit, Projekte oder Themen vor. Anschließend besteht Gelegenheit zum gemeinsamen Austausch und zur Vernetzung. Der Stammtisch ist für alle interessierten Frauen offen und findet ungefähr alle 6 Wochen statt.

Von der Idee zur Institution

März 2010, Falkensee. Es sollte eine der ersten Veranstaltungen der neu gewählten Landtagsabgeordneten Ursula Nonnmacher werden. Gemeinsam mit ihrer Büroleiterin, Ulrike Legner-Bundschuh und Catrin Seeger, der Leiterin des Rathenower Frauenhauses und Vorstandsmitglied des Netzwerks Brandenburgischer Frauenhäuser, wählten sie dafür das Thema „Gewalt gegen Frauen“. Veranstaltungsort war das Büro der Bündnisgrünen in Falkensee. Viele interessierte Falkenseerinnen fanden sich ein. Die Frauen kamen schnell und unkompliziert ins Gespräch. Die Stimmung war neugierig und offen. Und am Ende des Abends war klar: so einen Treffpunkt mit inhaltvollen Vorträgen und Gesprächen wünschen wir alle uns öfter. Damit wurde der März 2010 zur Geburtsstunde einer erfolgreichen Idee – dem Falkenseer Frauenstammtisch.

Im Mai wurde erstmals zu einem Frauenstammtisch eingeladen – das Echo war überwältigend. Im Frühjahr

2018 wird der 50ste Falkenseer Frauenstammtisch stattfinden.

Kein verflixtes siebtes Jahr

Das Büro der Bündnisgrünen erwies sich für den neuen Stammtisch schon bald als zu klein. Auch atmosphärisch war ein neuer Ort zwingend – bei einem Snack, Bier oder Wein plaudert es sich auch zwangloser. Inzwischen finden die Treffen in einem bekannten Falkenseer Hotelrestaurant statt.

Das Format blieb dagegen unverändert. Auf Anregungen der Frauen oder aus aktuellem Anlass gelingt es dem Duo Nonnmacher/Legner-Bundschuh immer wieder neue, interessante Gastfrauen zu finden. Diese Gastfrau kann politisch aktiv sein oder auch nicht. Vielleicht hat sie einen gewissen Bekanntheitsgrad oder ist ehrenamtlich engagiert. Möglicherweise ist sie eine Wissenschaftlerin mit spannendem Themenschwerpunkt oder eine Geschäftsfrau mit neuer

Idee. Eine Künstlerin oder eine in einem sozialen Beruf tätige Frau. Gefragt sind Frauen mit lebenserfüllenden, brennenden Projekten. Frauen, die etwas zu erzählen haben und wollen. Die Denkanstöße liefern oder als Zeitzeuginnen berichten.

So unterschiedlich wie die Gastrederinnen sind auch die Teilnehmerinnen. Es stellt sich schnell Verbundenheit ein. Die Rednerin steht nicht außerhalb des Geschehens, sie ist eine von ihnen. Auch wenn man sich nicht kennt, vielleicht noch nie voneinander gehört hat. Inspiriert durch das gemeinsame Thema ergeben sich wie von selbst die Gespräche. Nachfragen, vertiefen, neue Aspekte und andere Sichtweise werden in die diskussionsfreudige Runde geworfen. Unterschiedliche Meinungen? Diese können nicht nur unbesorgt geäußert werden, sie sind ausdrücklich erwünscht. Hinterher wieder miteinander lachen? Kein Problem. Fairness wird hier hoch gehandelt. Nicht unterbrechen, ausreden lassen. Niemand muss befürchten, der Lächerlichkeit preisgegeben zu werden. Meinungen müssen nicht geteilt aber akzeptiert werden. Was das angeht, sind sich alle einig. Hier treffen sich Frauen aller Jahrgänge. „Alte“ Falkenseerinnen und Neuzugezogene. Es gibt inzwischen einen Kreis aus Stammbesucherinnen. Dazwischen mischen sich aber immer neue Gesichter. Viele kommen wieder, bringen Freundin, Kollegin oder Nachbarin mit.

Das Geheimnis des Erfolgs

Dass der Frauenstammtisch seit mehr als sieben Jahren läuft, ist keine Hexerei, aber auch kein Selbstläufer. Er will gehegt und gepflegt werden. Eine Terminanzeige in der Zeitung genügt da nicht. Die Frauen schätzen das unkomplizierte Treffen mit anderen Frauen, die abends nicht nur Fernsehserien schauen wollen. Frauen, die sich für die Welt um sie herum interessieren und Gleichgesinnte treffen möchten. Die neues erfahren, staunen, andere Lebenswege betrachten wollen, offen bleiben für die Welt und ihre vielen Gesichter. Darüber diskutieren, statt mit dem Gehörten, Gesehenen, Erlebten einfach nach Hause zu gehen. Die Frauen möchten aber auch nach ihren Interessen befragt werden, Themenvorschläge machen, Referentinnen vorschlagen und gerne an die Termine erinnert und

persönlich angesprochen werden. Kommst du nächste Woche? Haben wir dich wegen einer Fortbildung länger nicht gesehen?

Wichtig ist die Auswahl der Themen: breit, abwechslungsreich, auch mal überraschend. Ohne thematischen Rahmen wäre der Stammtisch sicher nicht über so viele Jahre erfolgreich.

Der Netzwerkgedanke funktioniert übrigens bestens: Frauen, die sich vom Stammtisch kennen, arbeiten bei anderen Projekten in Falkensee gut und gerne zusammen.

Da muss ich unbedingt mal hin, bin aber keine Falkenseerin? Macht nichts. Falkensee ist eine offene Stadt und die Frauen freuen sich immer über neue Teilnehmerinnen. Anders geht Horizonterweiterung auch nicht.

Die Termine

Der Frauenstammtisch trifft sich etwa alle 6 Wochen – immer am Donnerstagabend um 19 Uhr.

Die Termine können der Lokalpresse entnommen oder bei Frau Ulrike Legner-Bundschuh erfragt werden. Auf Wunsch nimmt sie die Kontaktdaten interessierter Frauen in den Mailverteiler des Falkenseer Frauenstammtisch auf. Diesen hüten die Initiatorinnen wie ihren Augapfel. Auch das gehört zum Falkenseer Frauenstammtisch: die Frauen können sich darauf verlassen, dass er nicht für andere Zwecke missbraucht wird.

Kontakt

Anfragen hierzu bitte unter:

Telefon:
03322 831290

Email:
wahlkreis@ursulanonnemacher.de



Bild: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt und Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam

Potsdamer Frauentalk

Im Oktober 2016 startete die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam ihre Werbung für mehr Frauen in der Stadtverordnetenversammlung. Ein Teil war der 1. Potsdamer Frauentalk, der unter dem Slogan „Politik braucht Frauen“ zahlreiche Frauen animierte, gemeinsam und mit Begleitung durch eine Expertin das Thema Parität in der Kommunalpolitik zu diskutieren. Die zweite Komponente bestand darin, mit einer Online-Plattform den Rahmen zum Austausch zu „Frauen und Politik: Visionen für Potsdam“ zu bieten. Der Dialog wird fortgesetzt.

In den Kommunen hat Politik Bedeutung für das tägliche Leben: Direkt und unmittelbar. Hier lebt Demokratie vom politischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb braucht es politisch aktive Frauen, die sich einmischen.

In der Landeshauptstadt Potsdam sind 51 Prozent der Bevölkerung Frauen. Aber nur 30 Prozent sitzen im Stadtparlament. Und auch in den oberen Führungsetagen der Stadtverwaltung und in den städtischen Beteiligungsgesellschaften dominieren die Männer.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam hat sich zum Ziel gesetzt, für die nächste Kommunalwahl im Jahr 2019 für mehr Frauen in der Stadtverordnetenversammlung zu werben.

„Politik braucht Frauen“ – mit diesem Slogan startete der 1. Potsdamer Frauentalk am 4. Oktober 2016 um

17 Uhr im Kaminzimmer der Wissenschaftsetage im Bildungsforum Potsdam. Eingeladen waren Frauen aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Frauenorganisationen und Expertinnen sowie alle Frauen, die an einem strategischen Austausch zum Thema interessiert waren. Der Rahmen des Frauentalks wurde bewusst so gewählt, dass ein entspannter und offener Austausch unter den teilnehmenden, zumeist berufstätigen Frauen möglich war. Die Frauen kamen auf persönliche Einladung oder folgten dem Aufruf in der Presse und über Öffentlichkeitsarbeit. Ca. 35 Frauen sind der Einladung gefolgt. Der 1. Potsdamer Frauentalk hatte sich vorgenommen, das Thema Parität in der Politik in der Stadtgesellschaft bekannter zu machen, eine gemeinsame Diskussion darüber anzuregen, wie sich die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Kommunalpolitik erreichen lässt und wie Lösungen aussehen können. Unter anderem auch mit der Frage, ob wir in Deutschland eine Wahlrechtsänderung brau-

chen. Für die juristische Expertise konnte die Juristin Prof. Dr. Silke Laskowski von der Universität Kassel gewonnen werden. Sie referierte darüber, inwieweit es durch ein novelliertes Wahlgesetz möglich ist, dass Frauen wirklich gleichberechtigte Chancen erhalten, kommunale Entscheidungsmandate zu erlangen. Dieser fachliche Input trug wesentlich zur Aufklärung des Themas „Parität in der Politik“ bei, das für viele anwesenden Frauen bisher noch recht unbekannt war. Entsprechend viele Nachfragen wurden an die Vortragende gestellt.

Im Zuge des Frauentalks initiierte die Gleichstellungsbeauftragte den Austausch zu „Frauen und Politik: Visionen für Potsdam“ im Rahmen einer öffentlichen Online-Diskussion auf der Plattform www.civocracy.org. Diese Online-Beteiligungsplattform ermöglichte Diskussionen mit und von unterschiedlichen Akteur*innen aus Politik und Gesellschaft. Sie bot die Möglichkeit, sich zu informieren, mit anderen auszutauschen und gemeinsame Lösungen zu finden. Die Gleichstellungsbeauftragte versuchte für diese Online-Diskussion möglichst viele lokale Expert*innen und Stakeholder, aber auch bundesweite Organisationen wie zum Beispiel die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, EAF Berlin, zu gewinnen. Sie sollten dazu beitragen, neue Impulse zum Thema zu geben, aber auch die Möglichkeit erhalten, ihre Organisation vorzustellen. Vier Wochen lang konnten auf der Plattform Stakeholder und lokale Expert*innen darüber diskutieren, wie es gelingen kann, mehr Frauen in die kommunale Politik zu bringen.

Folgende Fragen wurden *dabei von der Gleichstellungsbeauftragten gestellt*:

- „Welche Ideen und Vorschläge haben Sie, wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der (Kommunal-) Politik zu erreichen ist?“
- Wie lässt sich die Unterrepräsentanz von Frauen in den Parlamenten, vor allem auf kommunaler Ebene, wirkungsvoll bekämpfen?
- Welche Strategien, Ansätzen und neue Wege schlagen Sie vor, damit sich mehr Frauen in der (Kommunal-) Politik engagieren können?“

An der Online-Diskussion beteiligten sich über 40 Akteur*innen. Vorschläge waren u. a. die Einführung einer verbindlichen Frauenquote bzw. Quotierungen der Listenplätze innerhalb der Parteien sowie eine andere Kultur des Miteinanders. „Ende der Sitzung um 21 Uhr und nicht erst gelegentlich um Mitternacht, strikte Begrenzung der Redezeit und auch der Anzahl der Wortbeiträge, um Vielschwätzer auszubremsen und Frauen eine gute Chance zu geben. Dies wäre ein nützlicher Akt der kommunalen Selbstverwaltung und würde ein Zeichen setzen.“ (Online-DiskutantIn)

Mit dieser Beteiligungsplattform wurde ein völlig neues Beteiligungsformat ausprobiert, das auch für die angesprochenen Akteur*innen neu und somit auch nicht ganz unkompliziert war. Dennoch war es eine wichtige Erfahrung, die mit Fortschreitung der gesellschaftlichen Digitalisierung durchaus zukunftsfähig ist, um wichtige Impulse und Lösungen zu bestimmten Themen von gesellschaftlichen Stakeholdern sowie Expert*innen und interessierten Akteur*innen schnell und unaufwändig zu erhalten. Wichtig ist, dass die Diskussion nicht abbricht, sondern in der Stadtgesellschaft weiter geht. Es braucht weiterhin Ideen, Vorschläge und Meinungen, was zu tun ist und wie dies getan werden kann, damit mehr Frauen in (Kommunal-)Politik und in Führung kommen.

Martina Trauth-Koschnick

Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt und Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam



Frauenversammlung in Werder 2017 Foto: AKD



Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO)

Parität und Teilhabe von Frauen

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hat zwar strukturell betrachtet Aufholbedarf, was die paritätische Besetzung von Leistungsfunktionen angeht. Sie arbeitet jedoch mit drei Säulen an einer Verbesserung der (politischen) Teilhabe von Frauen: Frauen- und Männerarbeit, Gleichstellungsarbeit über ein Gleichstellungsgesetz und einen Gleichstellungsbeauftragten sowie Bildung für Gender und Diversity.

Handlungsbedarf: einige Zahlen

Die EKBO wird noch nicht paritätisch geleitet. Positiv zu vermerken ist, dass 2 von 3 der die Regionen leitenden Generalsuperintendent*innen weiblich, und dass die Kirchenleitung (beruflich und ehrenamtlich) paritätisch besetzt ist. Trotzdem bleibt das Thema Parität in Leitungsfunktionen und kirchenpolitischen Gremien auf allen Ebenen von Bedeutung, insbesondere wenn man sich vor Augen führt, dass der weit überwiegende Teil der ehrenamtlich Aktiven und der kirchlichen Beschäftigten weiblich ist.

Ansatz für Gleichstellung und Chancengerechtigkeit auf drei Säulen: Frauen- und Männerarbeit, Gleichstellung, Bildung für Gender und Diversity

Nach einer 2015 verabschiedeten Neustrukturierung arbeiten wir über drei Säulen mit unterschiedlichen Ansätzen an der Verbesserung der (politischen) Teilhabe von Frauen:

1. Frauen- und Männerarbeit

Die verbandsähnlich organisierte Frauen- und Männerarbeit wird durch Arbeitsbereiche im Bildungswerk „Amt für kirchliche Dienste“ unterstützt.

Frauen versammeln sich in über 660 Frauengruppen und zu Projekten zur Situation von Frauen weltweit, zu geschlechtergerechten Gottesdienstformen, an den Frauenaktionstagen 8. März und 25. November u.v.m. Meist ehrenamtlich tätige Beauftragte für Frauenarbeit organisieren Versammlungen und Fortbildungen für Frauen in den Kirchenkreisen, Delegierte bilden die Versammlung der Frauen in der EKBO. Deren Vorstand ist in den Frauenräten der Länder vertreten.

Die Berufsgruppe der Theolog*innen bildet einen Konvent und Pfarrer*innen organisieren sich, um in konstruktiven Auseinandersetzungen mit kirchenleitenden Personen Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen. Für Ende 2017 ist eine Ver-



Frauenkonsultation „Hier stehe ich – Frauen – Reformation und die Eine Welt“ mit Vertreterinnen aus den Partnerkirchen der EKBO Abschlussgottesdienst Oktober 2016

Foto: Berliner Missionswerk/Herzog

anstellung zu diesem Thema geplant. Geplant ist, Frauen, die sich für Führungspositionen qualifizieren wollen, unter anderem durch Mentoring zu unterstützen.

Die Männerarbeit hat seit Mitte 2017 nach langer Zeit wieder einen geringen Stellenanteil, der Großteil der Arbeit mit Männergruppen und landeskirchlichen Angeboten wird ehrenamtlich gestaltet und durch Pfarrer begleitet.

2. Gleichstellung: ein Gesetz wartet auf Umsetzung

Seit 2004 hat die EKBO ein von einem Gleichstellungsteam erarbeitetes Gleichstellungsgesetz, das sich allerdings kaum auf Parität in ehrenamtlichen Diensten und Leitungsgremien bezieht, eine Quote sieht das Gesetz nicht vor. Bis 2014 gab es ausschließlich ehrenamtlich arbeitende Sachwalterinnen für Gleichstellungsfragen, danach ruhte die Arbeit des Gleichstellungsteams. Seit 2016 sind Fragen der Gleichstellung und Chancengerechtigkeit einem hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten anvertraut, der in der Kirchenverwaltung (Konsistorium) zum Geschäftsbereich des Präsidenten gehört.

Seine Aufgabe ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in beruflicher und ehrenamtlicher Verantwortung zu fördern, Geschlechtergerechtigkeit zu stärken und dadurch die Qualität von kirchlicher Arbeit zu verbessern. Sprich dazu beizutragen, das Gesetz

durch entsprechend beschlossene und implementierte Maßnahmen umzusetzen.

3. Bildung für Gender und Diversität

Dieser Ansatz unterstützt die geschilderte Arbeit durch Situationsanalysen und Bildungsangebote. Zunächst werden die Gründe für das „Ausdünnen nach oben“ der politischen Teilhabe von Frauen untersucht, unter Beachtung von Faktoren kultureller (z. B. Geschlechterrollenbilder, Gemeindefraditionen, Gremienkulturen), sozio-demographischer (regionale Unterschiede; Typen sozialer Netzwerke), struktureller (Stichwörter: Glasdecke, old boys' networks) und praktischer (Gremiensitzungszeiten, Mobilität) Art. Ein zweiter Schritt ist die Entwicklung von Bildungsformaten für die Sensibilisierung und Aktivierung kirchlicher Multiplikator*innen, die sich unter sehr unterschiedlichen Bedingungen und in ihren jeweiligen Positionen für Geschlechtergerechtigkeit und Diversität engagieren.

Kristian Gaiser
(Gleichstellungsbeauftragter)

Pfarrerinnen Magdalena Möbius
(Studienleiterin für Frauenarbeit)

Dr. Katharina Schneider
(Studienleiterin für Bildung in Vielfalt)



Quelle: <https://gruene-brandenburg.de/mentoring/>

Grünes Frauenmentoring – MUT ZUM EIGENEN Politischen Handeln

Mit einem Frauenmentoringprogramm gewinnt die Partei BÜNDNIS 90/GRÜNE seit 2013 mehr Frauen für eine aktive Mitarbeit in der Politik. Über eine enge Beziehung zwischen Mentorin und Mentee, Workshops, Vor-Ort-Hospitationen und kommunalpolitischem Planspiel lernen die teilnehmenden Frauen Parteistrukturen kennen, erhalten das nötige Handwerkszeug für den politischen Alltag und können Netzwerke bilden.

Als erste deutsche Partei überhaupt haben Die Grünen 1986 ein Frauenstatut eingeführt und damit Erfolgsgeschichte geschrieben. In keiner anderen Partei gibt es so viele einflussreiche Frauen wie bei uns. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen politischen Prozessen ist für uns fester Teil unserer Identität.

Obwohl sie die Hälfte der Bevölkerung bilden, haben Frauen bei Weitem nicht die Hälfte der politischen Macht. Auch fast hundert Jahre nach der Einführung des Wahlrechts für Frauen werden sie viel effektiver als Männer von der Möglichkeit ausgeschlossen, politische Prozesse mitzugestalten. Das zeigt ein Blick auf die Zahlen. Frauen sind gemessen an ihrer Bevölkerungsmehrheit von fast 51 Prozent politisch nicht entsprechend beteiligt. Besonders deutlich nimmt der Frauenanteil in der Politik zur kommunalen Ebene hin kontinuierlich ab. Kritisch sehen wir auch, dass der Anteil weiblicher Landtagsabgeordneter in Brandenburg

nicht steigt, sondern in den letzten 12 Jahren eher gefallen ist: Er betrug in der 4. Wahlperiode (2004–2009) 44,3 Prozent, in der 5. Wahlperiode (2009–2014) 39,8 Prozent und in den 6. Landtag Brandenburg wurden gerade noch 36,4 Prozent Frauen gewählt. Dadurch, dass bei den Koalitionsfraktionen für 3 Männer 3 Frauen nachgerückt sind, konnte sich der Wert wieder bei 39,8 Prozent stabilisieren. Zur Erinnerung: Das sind die Zahlen 67 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik und 26 Jahre nach Gründung des Landes Brandenburg. Auch hier in Brandenburg sind wir der Überzeugung, dass Frauen mehr Gestaltungsmacht zusteht, als sie aktuell haben.

Klar ist: männliche Dominanz lässt sich nicht per Knopfdruck brechen. Auch bis zur Einführung quotierter Wahllisten, wie es sie in vielen Ländern, unter anderem Togo und Frankreich, bereits gibt, ist es vermutlich noch ein langer Weg.

Ziel

Klar ist auch, wenn wir als grüne Partei mehr aktive Frauen in der Politik wollen, müssen wir auch selbst etwas dafür tun. Deshalb haben wir auf Initiative der damaligen frauenpolitischen Sprecherin und jetzigen Landesvorsitzenden Petra Budke 2013 ein Frauenmentoringprogramm entwickelt, mit dem wir mehr engagierte Frauen für die politische Arbeit gewinnen und sie auf ihrem Weg in die Politik unterstützen wollen.

Ziel ist

- Parteistrukturen kennenzulernen,
- das nötige Handwerkszeug zu vermitteln und nicht zuletzt
- die Gelegenheit, Netzwerke zu bilden.

Jährlich nehmen etwa zehn Brandenburgerinnen teil, jüngere und ältere, mit Migrationshintergrund oder ohne, Mütter oder kinderlose Frauen, Altenpflegerinnen oder Volkswirtinnen – bunt, mit Gestaltungsanspruch, und aus allen Ecken Brandenburgs. Anfang März 2017 ist das Programm in die vierte Runde gestartet.

Inhalt

Herzstück des Mentoringprogramms ist die Beziehung zwischen Mentorin und Mentee. Der persönliche Austausch klärt viele Fragen: Wie macht Frau das? Ist das alles unter einen Hut zu bringen? Wie setze ich mich gegen bestehende Strukturen durch, die Männer begünstigen und Frauen zurückdrängen?

In Coaching- und Präsenztrainings-Workshops mit erfahrenen Trainerinnen bauen die Frauen ihre Fähigkeiten weiter aus: Individuelle Stärken und Ziele werden definiert sowie Strategien entwickelt, um diese Ziele auch zu erreichen. Um den eigenen Anliegen dann auch kraftvoll Gehör zu verschaffen, absolvieren die Mentees ein Stimm-, Sprech- und Präsenztraining.

Wie der politische Alltag aussieht, sehen die Teilnehmerinnen bei Besuchen verschiedener Parlamente, dem Brüsseler EU-Parlament, dem Deutschen Bundestag in Berlin und selbstverständlich auch im Brandenburger Landtag.

Wie wichtig es für Frauen ist, Netzwerke zu bilden, zeigte sich mit deutlicher Wertschätzung für eine aktive Frauenförderung über Parteigrenzen hinweg eben hier. An der Diskussionsrunde mit den Bündnisgrünen Mentees nahmen nicht nur Grüne Abgeordnete teil, sondern zum Beispiel auch Ina Muhß (SPD-Fraktion) und Barbara Richstein (CDU-Fraktion). Was für ein kraftvolles feministisches Zeichen!

Ein Kommunalpolitisches Planspiel (in Kooperation mit der GbK) bereitet auf den politischen Ernst vor. Die Mentees simulieren die Arbeit in einer Gemeindevertretung, mit verteilten Rollen in unterschiedlichen Fraktionen, mit Anträgen, die entwickelt und Debatten, die geführt werden müssen. Und in der Auseinandersetzung mit einer politisch erfahrenen „Bürgermeisterin“: Ursula Nonnemacher.

Am Ende des Mentoringprogrammes sind sich viele der teilnehmenden Frauen klarer, in welchen Rahmen sie sich politisch engagieren wollen und wir als Partei haben tolle neue Mitstreiterinnen gewonnen: als Orts- oder Kreisvorsitzende, als Sprecherinnen von Landesarbeitsgemeinschaften, als Kandidatinnen für Ortsbeiräte, Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen oder Kreistage.

Fazit

Und ja, eine paritätische Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen kann wesentlich mehr erreichen, als es auf den ersten Blick erscheinen mag! Es würde den gesellschaftlichen Diskurs zu Gunsten gerechter Chancen für Frauen und Mädchen verändern. Als politische Akteurinnen erhalten sie Gestaltungsmacht und können andere Menschen im Land zum Handeln bewegen. Sie treiben Strukturen voran, in denen alle Frauen die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen. Letztlich gewinnen wir damit alle: Vielfalt führt nachweislich zu mehr Innovation und (Lebens-) Qualität.

Web:

<https://gruene-brandenburg.de/mentoring/>



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Bild: Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg, Diana Bader

DIE LINKE in Brandenburg: Geschlechtergerechtigkeit gibt es nicht auf dem silbernen Tablett

Für die Partei DIE LINKE ist konsequente Gleichstellung der Geschlechter ein Muss. Dazu hat sie für sich eine Frauenquote für die Besetzung von Wahllisten und Wahlämtern eingeführt, ein Konzept zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit beschlossen, und fördert Frauen ganz gezielt über eine Mitgliederkampagne, einen Frauenfonds sowie spezielle Schulungen und Angebote, wie den Frauenstammtisch von Diana Bader in Elbe-Elster.

Wer sich in allen politischen Bereichen aktiv für Geschlechtergerechtigkeit einsetzt, muss einen langen Atem haben und sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Für DIE LINKE als feministische Partei ist die konsequente Gleichstellung der Geschlechter sowohl über alle Politikfelder hinweg als auch auf struktureller Ebene essentiell. So gibt es u. a. auf Bundesebene Sprecherinnen für feministische Politik, weitreichende Selbstorganisationsrechte für weibliche Mitglieder und einen freien Tag für alle weiblichen Beschäftigten am 8. März. Doch was auf dem Papier einfach klingt, erweist sich in der Umsetzung als schwierig. Deshalb gibt es bei der Partei DIE LINKE eine ganze Reihe formaler Regelungen, so z. B. Frauenquoten für die Besetzung von Wahllisten und Wahlämtern.

DIE LINKE ist die Partei mit dem zweithöchsten Frauenanteil aller im Bundestag vertretenen Parteien. Es gibt jedoch regionale Unterschiede. In den östlichen Landesverbänden (inklusive Berlin) ist der Frauenanteil laut Gleichstellungsbericht 2016 mit 43,8 Prozent

deutlich höher als in den westlichen Landesverbänden 27,2 Prozent. Der Anteil weiblicher Neumitglieder in der Partei beträgt etwa ein Drittel. Hier zeigt sich das Dilemma. Bundesweit engagieren sich immer weniger Frauen in der Politik. DIE LINKE will dies ändern und hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst.

Geschlechtergerechtigkeit ist mehr als eine gesetzliche Frauenquote. Die Quotierung kann nur eine Krücke auf dem Weg zur wirklichen Gleichstellung sein. Deshalb hat DIE LINKE 2011 ein Konzept zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit beschlossen. Seitdem dokumentiert ein jährlicher Gleichstellungsbericht die Entwicklung mit allen Fortschritten und Problemen in diesem Bereich.

Was für die Bundespartei im Ganzen gilt, gilt auch für Landes- und Kreisverbände. Die Brandenburger LINKE hat in diesem Jahr ein Landeskonzept für eine stärkere Frauenbeteiligung und die Einrichtung einer quotierten Doppelspitze beschlossen. Denn auch in Brandenburg

sind Frauen in Spitzenämtern unterrepräsentiert. So gehört Brandenburg zu den drei letzten Landesverbänden der LINKEN ohne quotierte Doppelspitze.

Bei der paritätischen Besetzung der Kreisvorstände konnte in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung verzeichnet werden. Nur in vier Kreisvorständen scheiterte die Quotierung, weil sich nicht genügend Frauen zur Wahl gestellt haben. Nachholbedarf gibt es jedoch in den Kommunalparlamenten. Eine paritätische Kandidatenaufstellung kann zwar angeregt, aber mangels Bereitschaft von Frauen zur Kandidatur oft nicht umgesetzt werden.

Die Gründe hierfür sind vielgestaltig und reichen von mangelndem Zutrauen oder falscher Zurückhaltung bis zur Belastung durch Beruf und Familie, die Frauen vom Ehrenamt abhält. Das ist schade, haben Frauen doch in vielen Dingen eine andere Sicht auf Probleme und einen anderen Lösungsansatz, als ihre männlichen Kollegen. DIE LINKE Brandenburg hat das erkannt. „Frauenförderung“ heißt das Zauberwort. Deshalb wird sie sich mit einer inhaltlichen Mitgliederkampagne explizit an Frauen wenden. Die Bildung eines Frauenförderungsfonds sowie die Entwicklung gezielter Schulungen und neuer Angebote zur Gewinnung von Frauen sind weitere wichtige Maßnahmen.

Ein gutes Beispiel ist mein Frauenstammtisch im Landkreis Elbe-Elster. Diskutierten wir beim ersten Treffen noch in kleiner Runde unterm Kirschbaum über Politik und Alltägliches, so waren wir beim 5. Stammtisch im August dieses Jahres schon über 30 Frauen – und auch einige wenige Männer waren gekommen. Es lohnt, hier initiativ zu werden und Frauen zu ermutigen, sich einzumischen. Das gilt auch für die Landesarbeitsgemeinschaft LINKE Frauen und die jährlichen Landesfrauenkonferenzen.

Frauen und Männer sollen gleiche Chancen im Leben haben – in den Städten genauso wie in den ländlichen Regionen – im persönlichen Bereich, in der Ausbildung, in der Karriere, in der Familie, in der Politik usw. Das ist es, was ich mir wünsche und warum ich mich für die Politik entschieden habe. Denn ich erlebe täglich vor Ort: Hier es ist noch viel zu tun. Noch gibt es

keine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter. Immer noch verdienen Frauen bei vergleichbarer Tätigkeit oft weniger als Männer, Frauen haben es schwerer, in Führungspositionen aufzusteigen, häusliche Pflege ist immer noch in erster Linie Frauensache, Kindererziehung und -betreuung auch. Von einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt.

Wir Frauen müssen die Debatte zur Gleichstellungspolitik immer und auf allen Ebenen wieder führen: zu Hause, im Freundeskreis, in Parteien, in Kommunen und im Land. Gleichstellung und Gerechtigkeit gibt es nicht auf dem silbernen Tablett, sondern nur, wenn wir sie täglich einfordern.

Diana Bader (MdB)

Frauen- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

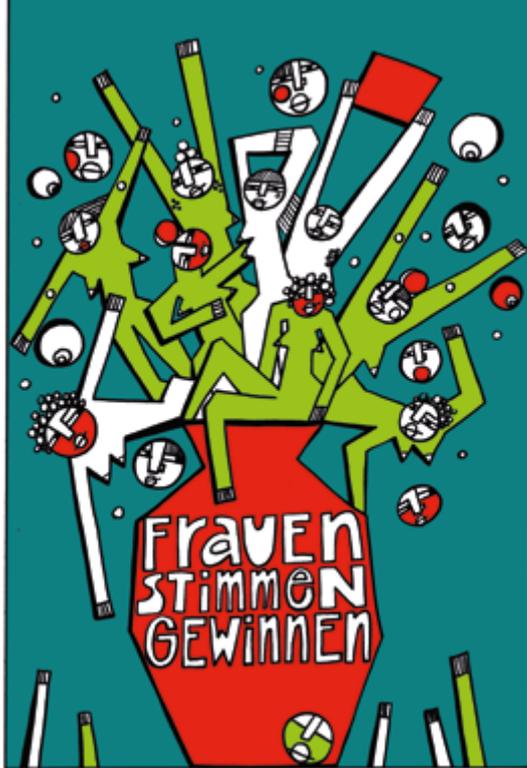


Bild: Patricia Vester, tangentin.wordpress.com

Frauen Stimmen Gewinnen

Das Frauenzentrum Potsdam und der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. haben die Öffentlichkeit in einem Wahlblog vor der Bundestagswahl 2017 über die Inhalte der Wahlprogramme der als aussichtsreich geltenden Parteien aus frauenpolitischer Sicht analysiert und leicht verständlich aufbereitet. Zudem haben sie Mitmach-Tipps für politische Teilhabe veröffentlicht.

Das Frauenzentrum Potsdam und der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. haben zur Bundestagswahl 2017 die Öffentlichkeit mit einem Wahlblog über die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien informiert. Besonders herausgearbeitet wurde der jeweilige Standpunkt zu frauenpolitischen Themen. Auf diese Weise konnte ein Beitrag dazu geleistet werden, eine informierte Wahlentscheidung zu treffen.

Umfragen entsprechend, hatten sechs Parteien eine realistische Chance, den Einzug in den Bundestag zu schaffen: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, Die Grünen, AfD und FDP. In den Monaten vor der Wahl hat die Politikwissenschaftlerin Laura Kapp (M.A.) als Hauptautorin die Wahlprogramme dieser Parteien besprochen, indem sie sie niedrigschwellig und sprachlich ansprechend zusammengefasst hat.

Bei einer Veranstaltung im Frauenzentrum konnten sich Interessierte außerdem im direkten Austausch über die Direktkandidierenden informieren und Fragen stellen.

Neben den Wahlprogrammen wurden im Wahlblog wöchentlich Mitmach-Tipps zu Möglichkeiten politischer Teilhabe veröffentlicht. Unsere Idee war, eine Ein-

gangstür zum politischen Geschehen zu bieten. Hier gab es ganz konkrete Tipps, wie alle an gesellschaftspolitischen Entscheidungen mitwirken können, sei es durch eine Unterstützung in Vereinen oder Kandidatur für ein politisches Amt – denn Demokratie ist kein Zuschauersport.

Kontakt

Verena Letsch

Referentin für Koordination, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Telefon:
0331 2803581

Mail:
kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Web:
www.frauenpolitischer-rat.de
www.frauenorte-brandenburg.de
Facebook



Effektive Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit als Motor für politische Bildung und Partizipation

Mit dem Projekt „Effektive Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit als Motor für politische Bildung“ konnte der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. Frauen ermutigen, ihre politischen Einsichten und Erfahrungen zu äußern und Position zu beziehen. Kommunikationsmedium stellt dabei die Homepage des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. dar, die auch für weitere Beiträge genutzt werden kann.



Nur durch politische Partizipation können Perspektiven geschaffen und Möglichkeiten eröffnet werden für eine gerechte Gesellschaft. Basis für politische Partizipation ist politische Bildung und Information.

Mit dem Projekt „Effektive Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit als Motor für politische Bildung und Partizipation“ ist es gelungen, Frauen dazu zu ermutigen, ihre politischen Einsichten und Erfahrungen zu äußern und Position zu beziehen, sodass frauen- und gleichstellungspolitische Themen noch mehr in die Öffentlichkeit getragen werden.

Vor dem Hintergrund des Generationenwechsels ist es dabei wichtig, neue Formen der politischen Auseinandersetzung anzuregen um neue Frauen für politisches Engagement zu begeistern. Das Internet und die sozialen Medien machen es möglich, die eigene Stimme laut werden zu lassen. Der aktuelle Trend des „Netzfeinismus“ war dabei die Inspiration, um die politische Bildung von Frauen für Frauen zu frauen- und gleichstellungspolitischen Themen zeitgemäß voranbringen zu können.

Durch die Homepage des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V., deren ansprechende Gestaltung auch auf die Förderung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung zurückgeht, steht ein Medium bereit, um den benötigten Wissens-, Erfahrungs- und Informationsaustausch zu ermöglichen.

Unterstützt von der PR-Referentin Astrid Priebes-Tröger und der Fotografin Anne Heinlein sind Porträts unse-

rer Mitgliedsorganisationen und der Kontakt zur Koordinierungsstelle Mädchenarbeit entstanden, die Lust machen, sich politisch zu engagieren. Die PR-Referentin konnte außerdem ihr Wissen zu aktuellen Möglichkeiten für effektive Öffentlichkeitsarbeit weitergeben und interessierte Frauen im Schreiben für Blogtexte schulen.

Auch weiterhin gibt es die Möglichkeit Beiträge für den Blog des FPR zu schreiben. Wer Interesse hat, kann Kontakt zum FPR aufnehmen. Die Referentinnen freuen sich auf Ihre Worte, geben Tipps und Feedback und posten den Beitrag dann.

Kontakt

Verena Letsch

Referentin für Koordination, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Telefon:

0331 2803581

Mail:

kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Web:

www.frauenpolitischer-rat.de
www.frauenorte-brandenburg.de
Facebook





FRAUEN MACHT POLITIK

POLITIKMESSE FÜR FRAUEN

18. November 2017

10:00 – 15:00 Uhr

Oberstufenzentrum Dahme-Spreewald
Brückenstraße 40 | 15711 Königs Wusterhausen

www.dahme-spreewald.info

Information | Austausch | Vernetzung | Kompetenz



Messe zur politischen Partizipation von Frauen und Mädchen im Landkreis Dahme-Spreewald

Mit der Politikmesse des Landkreises Dahme-Spreewald und der EAF Berlin soll ein Best-Practice-Beispiel für alle Brandenburger Kommunen geschaffen werden, mit dem zivilgesellschaftlich engagierte Frauen und Parteien sowie Wählergemeinschaften zusammengeführt werden können. Dabei soll die Messe dazu beitragen, kommunalpolitisch interessierte Frauen zu informieren und zu ermutigen, ihren Weg in die Politik zu finden.

Das Jahr 2017 scheint für Maßnahmen rund um das Ziel „Partizipation fördern“ ein besonders geeigneter Zeitpunkt: Zum einen ruft die Bundestagswahl 2017 Politik allgemein und die politische Unterrepräsentanz von Frauen im Besonderen in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Zum anderen hat das Brandenburgische „Superwahljahr“ 2019, in dem in Brandenburg Kommunal-, Landtags- und Europawahlen stattfinden, einen zeitlichen Vorlauf von knapp zwei

Jahren, so dass genügend Vorbereitungszeit für mögliche Kandidaturen von Frauen – zumindest für politische Ehrenämter in Kreistagen oder Gemeindevertretungen – besteht.

Mit der Weiterentwicklung des „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms für das Land Brandenburg 2015–2019“ (GPR) hat die Landesregierung sich erneut zur Durchsetzung der tatsächlichen Gleich-

berechtigung bekannt. Mit der Messe tragen wir zur Umsetzung dieses Zieles bei. Gemeinsam mit der EAF Berlin wird die Politikmesse vorbereitet und durchgeführt. Das Land Brandenburg fördert.

Das Konzept der Politikmesse soll künftig beispielhaft für alle Kommunen umsetzbar sein, also als überregionales Best Practice-Beispiel für Brandenburgs kommunale Akteur*innen gelten. Daher wird im Nachgang zur Messe ein entsprechendes Handout für das Land Brandenburg mit umsetzbaren Checklisten erstellt.

Es wird eine niedrighschwellige Beteiligung an der Politikmesse für alle Bürger*innen ermöglicht. Zur Vorbereitung und Durchführung der Messe gibt es ein breit aufgestelltes, parteiübergreifendes kooperationsbereites und motiviertes Team aus kommunalpolitischen bzw. kommunalpolitiknahen Akteur*innen. Damit setzt sich das Team aus den Gruppierungen zusammen, die auch die Zielgruppen der Politikmesse sind: Parteien und Wählergemeinschaften mit Mandaten in Kreistag und Gemeindevertretungen des Landkreises sowie zivilgesellschaftliche Organisationen (Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen, Netzwerke etc.)

Die Messe soll Brücken schlagen zwischen den ehrenamtlich engagierten Frauen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen einerseits und den Parteien und Wählergemeinschaften andererseits, die maßgeblich Kommunalpolitik gestalten. Also zwischen Parteien und Stiftungen, Jugendorganisationen der Parteien, Bürgerinitiativen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendbeiräten, Mehrgenerationenhäusern, Elternvertretungen von Kita und Schule, Liga der Wohlfahrtsverbände, Unternehmerinnennetzwerken und vielen mehr.

Ziel ist, dass kommunalpolitisch interessierte Frauen an Informationsständen, über die Diskussion im Podium, sowie Workshops Antworten und erstes Rüstzeug für politisches Engagement bekommen.

Dabei sollen beispielweise folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie bekommt man ein Mandat im Kreistag bzw. in der Gemeindevertretung?

- Wie vereinbart man Beruf, Familie und kommunalpolitisches Engagement?
- Welche „Schnuppermöglichkeiten“ gibt es, um kommunalpolitischen Alltag unverbindlich kennen zu lernen?

Dementsprechend wurden die Themen der Workshops so gewählt, dass Frauen ermutigt und bestätigt werden, ihren Weg in die Politik zu finden:

- Einstieg in Kooperationen
- Auftrittskompetenz
- Selbstpräsentation
- Pressearbeit.

Die Kommunen dienen als „Schule der Demokratie“ und sind entscheidend für die Sensibilisierung und Aktivierung von Frauen.

Nach 100 Jahren Frauenwahlrecht, 70 Jahren Grundgesetz und 25 Jahren aktivem Gleichstellungsauftrag haben Frauen in Deutschland lange genug gewartet und Kompromisse gemacht. Wir sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung und müssen Politik mitgestalten. Dazu soll die „Messe zur politischen Partizipation für Frauen und Mädchen“ beitragen und wach rütteln.

Nähere Informationen sind unter www.dahme-spreewald.info/de/seite/32912.html zu finden.

Elke Voigt

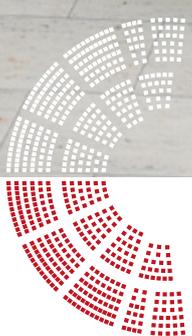
Gleichstellungsbeauftragte
Landkreis Dahme-Spreewald

Sprecherin der LAG der kommunalen
Gleichstellungsbeauftragten des Landes
Brandenburg

Bundessprecherin der
Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen



Foto: LV Brandenburg



„Stimmgewaltig. Mitbestimmend. Mittendrin“ – Landfrauen fördern Partizipation

Alle 2 Jahre führt der Deutsche LandFrauenverband die Aktionstage „Stimmgewaltig. Mitbestimmend. Mittendrin – Landfrauen fördern Partizipation“ durch, an denen sich auch die Brandenburger Landfrauen beteiligen. Ziel ist, in Gesprächen auch mit Politiker*innen und auf Augenhöhe Impulse für ein gutes und besseres Leben für Frauen im ländlichen Raum zu setzen. Darüber hinaus organisiert der Brandenburger Landfrauenverband e. V. im Rahmen des LEADER-Projekts Bildungs- und Informationsveranstaltungen vor Ort, wo sie gebraucht werden. Das Projekt „PEELA – Politisches und Ehrenamtliches Engagement des Brandenburger Landfrauenverbandes e. V.“ möchte zudem Partizipation fördern und für mehr Toleranz und Demokratieverständnis werben.

„Stimmgewaltig. Mitbestimmend. Mittendrin“ – so lautet das Motto der Aktionstage des Deutschen LandFrauenverbandes, das auch vom Brandenburger Landfrauenverband e. V. getragen wird.

Die Aktionstage finden alle 2 Jahre bundesweit statt und sollen die eindrucksvolle Bandbreite der LandFrauenarbeit zeigen. Damit wollen Landfrauen wichtige Impulse für ein gutes und besseres Leben für Frauen in ländlichen Regionen setzen.

Sie organisieren Veranstaltungen mit Politiker*innen, laden Gäste auf landwirtschaftliche Betriebe ein oder informieren über das Thema ehrenamtliches Engagement. In Brandenburg informierte sich beispielsweise

Landwirtschaftsstaatssekretärin Dr. Carolin Schilde im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 über die aktuellen politischen Forderungen der Brandenburger Landfrauen. Diskutiert wurde u. a. ein Forderungskatalog mit vielen Themen, die die Menschen im ländlichen Raum Brandenburgs beschäftigen.

Wichtig ist den Landfrauen, dass auf Augenhöhe diskutiert wird, nicht etwa in Form von Podiumsdiskussionen, sondern in lockeren Gesprächsstunden – nur so kann eine Beteiligung Aller an der Diskussion gewährleistet werden.

Partizipation bedeutet für die Brandenburger Landfrauen mehr, als nur dabei zu sein. Jedes Mitglied soll die

Möglichkeit haben, sich zu informieren, weiterzubilden und sich zu engagieren.

Eine überaus wichtige Rolle spielt hierbei das LEADER-Projekt, das der Brandenburger Landfrauenverband e.V. seit Anfang 2017 umsetzt. Hier werden Bildungs- und Informationsveranstaltungen dort organisiert, wo sie gebraucht werden: in kleinen Orten und Gemeinden im ländlichen Raum. Denn fehlende Mobilität ist oft ein Hemmnis für den Besuch einer Bildungsveranstaltung in der nächstgrößeren Stadt. Partizipation heißt jedoch auch Barrierefreiheit – nicht immer ist es auf den Dörfern leicht einen geeigneten Veranstaltungsort zu finden.

Und der Brandenburger Landfrauenverband e.V. schaut über den sogenannten „Tellerrand“ hinaus. Da der Verband bereits in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gemacht hat, wurde 2017 erneut ein Antrag gestellt. Das Projekt „PEELA – Politisches und Ehrenamtliches Engagement des Brandenburger Landfrauenverbandes e.V.“ möchte Partizipation fördern und für mehr Toleranz und Demokratieverständnis werben. Jutta Quoos, Landesvorsitzende des Brandenburger Landfrauenverbandes e.V.: „Es ist wichtig, den Menschen eine Teilhabe an Bildung, politischer Willensbildung und Vereinsleben zu ermöglichen. Unser Projekt hat hier gute Erfolge erzielt. Diskussions-, Kultur- und Fachveranstaltungen bieten für Jedermann Gelegenheit sich einzumischen.“

Kontakt

**Landesgeschäftsstelle des Brandenburger
Landfrauenverband e. V.**

Anja-Christin Faber
Geschäftsführerin

Telefon:
03328 319300

Email:
info@brandenburger-landfrauen.de

Wir haben

- in Workshops erkundet, was sich verändert, wenn Frauen mitbestimmen,
- in interkulturellen Runden diskutiert, wie die nach Brandenburg geflüchteten Mädchen und Frauen ihre Stimmen erheben können,
- nach Filmvorführungen besprochen, wie sich der Vormarsch konservativer und antifeministischer Zusammenschlüsse und Parteien gesellschaftlich auswirkt und
- bei Veranstaltungen und Vorträgen diskutiert, welches Potential für Solidarität und Empowerment unter Frauen spürbar wird und geleistet werden kann,
- wie wir erreichen, dass Frauen in gleichem Umfang in der Politik teilhaben und mitmischen,
- ob das französische Paritätsgesetz auch für Deutschland denkbar ist, und
- wie Politiker*innen ihre Macht nutzen.

Landesweite Veranstaltung in Strausberg

Bei der landesweiten Veranstaltung, die 2017 in Strausberg stattfand, kamen viele Interessierte aus dem ganzen Land zusammen. So diskutierten die damalige IHK-Chefin und Unternehmerin Beate Fernengel mit Dr. Sybille Bock (SPD-Kreistagsvorsitzende im Landkreis Märkisch-Oderland), Strausbergs Bürgermeisterin Elke Stadeler, Michelle Rother (Vorsitzende des Kinder- und Jugendparlaments Strausberg) und Frauenministerin Diana Golze über ihr Engagement, ihre Vorbilder und Verbündeten sowie den anstehenden Mentalitäts- und Kulturwandel. Hier einige O-Töne aus der Diskussionsrunde:

Elke Stadeler: „Wir können mit Macht verantwortungsbewusst umgehen.“

Diana Golze: „Frauen in Positionen müssen es anderen Frauen leichter machen und ihnen die Steine aus dem Weg räumen.“

Michelle Rother: „Nicht nur meckern, sondern die Sachen selbst in die Hand nehmen!“

Beate Fernengel: „Ich habe gemacht, auch aus Trotz. Wir müssen einfach wir selbst sein.“

Dr. Sibylle Bock: „Ich wünsche mir viele emanzipierte Männer, die selbstbewusste Frauen aushalten können.“

Die 120 Teilnehmenden kritisierten in Strausberg, dass Politik immer noch mehrheitlich von Männern gemacht wird. Im Deutschen Bundestag und im Landtag Brandenburg ist nur jedes dritte Mitglied weiblich. In Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen ist gegenwärtig nicht einmal ein Viertel der Sitze von Frauen besetzt. Die Tendenz ist sogar sinkend.

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg koordiniert und informiert zu landesweiten Terminen, Themen und Veranstaltungen im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche

Kontakt

Verena Letsch

Referentin für Koordination, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Telefon:

0331 2803581

Mail:

kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Web:

www.frauenpolitischer-rat.de
www.frauenorte-brandenburg.de
Facebook



Haben Sie Hinweise und Ergänzungen?
Dann freue ich mich auf Ihre Rückmeldung an
landesgleichstellungsbeauftragte@masgf.brandenburg.de.
Hier können Sie auch weitere Exemplare dieser Broschüre bestellen.

Eine PDF-Version der Broschüre finden Sie online unter:
www.masgf.brandenburg.de in der Rubrik „Service“ → „Publikationen“

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Stabsstelle Landesbeauftragte

Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Monika von der Lippe
Henning-von-Tresckow-Straße 2–13, Haus S
14467 Potsdam

Telefon: 0331 866-5012
Fax: 0331 27548-5012
E-Mail: landesgleichstellungsbeauftragte@masgf.brandenburg.de
www.gleichstellung.brandenburg.de
www.fb.com/landesgleichstellungsbeauftragte

Layout & Gestaltung: vantronye – visuelle kommunikation
Titelbild: shutterstock
Druck: Druckerei Dienstleistungen Berlin
Auflage: 3 000 Stück
November 2017